

Rede des Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion zum Entwurf des Haushaltsplans 2014

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Landrat,

sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,

liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nicht nur das Jahr 2013 neigt sich dem Ende entgegen; auch die Wahlperiode wird im Mai 2014 zu Ende gehen. Viel zu schnell, wie ich finde...

Das Ende einer Wahlperiode ist dann auch immer ein guter Zeitpunkt, Bilanz zu ziehen – Und wie fällt diese Bilanz aus? Nun ja. 2009 war die große Koalition in den letzten Zügen und 2013 ist sie nach einer kurzen schwarz-gelben Verschnaufpause wieder erwacht. So dass uns während der gesamten Wahlperiode also der schwarz-gelbe Gegenwind ins Gesicht blies.

Wir können jetzt jedenfalls zwei Abgeordneten unsere Sorgen mit auf den Weg geben. Das war 2009 noch anders und freut uns Sozialdemokraten natürlich besonders. Und über die Frage, wie sehr sich die groß-koalitionäre Bundespolitik mittlerweile auf unsere Kommunalpolitik im Kreis Heinsberg auswirkt, werden wir noch zu reden haben.

Bevor wir das machen und natürlich auch auf die einzelnen Punkte des Haushalts eingehen können, möchte ich – auch im Namen der gesamten SPD-Fraktion – Herrn Kämmerer Schöppgens und seinen Bediensteten für die geleistete Arbeit danken. Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle auch einmal bei den Bediensteten im Kreishaus insgesamt, die uns in den letzten Jahren immer mit Rat und Tat zur Seite gestanden und unsere Arbeit unterstützt haben.

Nach den vielfältigen Danksagungen sollten wir nun aber zum Kerngeschäft zurückkommen. Auch wenn der Landrat in der Sitzung des Kreisausschusses noch von „großer Spannung“ sprach, ist es wohl keine Überraschung, dass die SPD den Haushaltsentwurf für 2014 ablehnt.

Sehr geehrter Herr Landrat, sie haben in Ihrer Einbringungsrede eine dunkle Zukunft aufgemalt und insbesondere strukturelle Verbesserungen bei der Finanzausstattung der Kreise gefordert. Die zunehmend prekäre Lage der Gemeindefinanzen hängt in erster Linie damit zusammen, dass die Erträge der kommunalen Haushalte aus Landeszuweisungen zwar stetig steigen, aber leider nicht im gleichen Verhältnis zu den Aufwendungen, und hier insbesondere den Aufwendungen im sozialen Bereich. Hierdurch entsteht eine Differenz, die Kommunalpolitiker im ganzen Land zunehmend zwingt, die Rücklagen in Anspruch zu nehmen, soweit sie überhaupt noch existieren. Diese Spirale führt unweigerlich – und da gebe ich Ihnen, Herr Landrat, Recht – zum finanziellen Kollaps der kommunalen Haushalte. Bei diesen äußeren Faktoren hat der Kreis das Heft des Handels nicht in der Hand und ist insoweit auf die Landespolitik angewiesen. Ich bin mir sicher, dass die rot-grüne

Landesregierung ihre kommunalfreundliche Politik weiterführen wird. (Anm. 9,4 Mrd. Euro Schlüsselzuweisungen, Rekord. 2013: 8,7 Mrd. Euro).

Sie sagten aber auch, dass der Kreis sich selbst helfe. Und zwar dadurch, dass er in die Ausgleichsrücklage greift, um die Kreisumlage konstant zu halten. Sie sprechen aber auch andere Maßnahmen an; insbesondere im Personalbereich.

1. Personal

Hier rühmen Sie sich, die Personalkosten um bis zu 1,4 Millionen Euro reduziert zu haben. Auf den 5-Prozent-Personalspar-Beschluss, den Sie hiermit umsetzen wollen, bin ich letztes Jahr schon eingegangen. Ich möchte das nicht wiederholen. Wir halten nach wie vor nichts davon, Personalpolitik mit dem Rasenmäher zu machen.

Interessant an dieser kostenmäßigen Einsparung ist aber ein anderes Phänomen: Obwohl der unsaldierte Aufwand sinkt, steigt die Anzahl der Stellen auf ein neues Rekordhoch von 809. Zum Vergleich: 2010 waren es noch 658! Die Zahl ist natürlich beeindruckend, aber etwas verzerrt, weil der Kreis bestimmte Aufgaben übernommen hat, teils freiwillig, teils unfreiwillig. Viel Interessanter ist in diesem Zusammenhang dann der Nettoaufwand: der ist nämlich zwischen 2010 und 2014 von 35,7 Millionen Euro auf rund 40 Millionen Euro, also um 4,3 Millionen Euro angewachsen. Das bedeutet, die Personalkosten sind in den letzten fünf Jahren netto um rund zehn Prozent gestiegen und nicht gesunken, wie die absoluten Zahlen dies vermuten lassen. Hinzu kommt, dass viele Stellen, die heute im Stellenplan stehen, gar nicht voll besetzt sind, sondern für Mütter und Väter, die in Teilzeit arbeiten, freigehalten werden. Perspektivisch können die Personalaufwendungen also weiter steigen. –Von Selbsthilfe bei der Personalpolitik keine Spur.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die SPD-Fraktion hatte bereits im letzten Jahr die Bildung eines Personalausschusses beantragt. Nicht, weil das ein Allheilmittel wäre, sondern, weil die Politik dann eine gewisse Kontrolle hat. - und das meine ich durchaus positiv. Wir sollten diesen Gedanken für die nächste Wahlperiode ruhig wieder aufgreifen.

2. Energieeinsparung

Als weiteres Mittel zur Selbsthilfe führen Sie aus, dass die Energieeinsparmaßnahmen der letzten Jahre zu erheblichen Einsparungen bei den Strom- und Heizaufwendungen in Höhe von rund 260.000 Euro geführt hat. In Anbetracht der steigenden Energiekosten werden sich diese Einspareffekte langfristig noch positiver auswirken. Deswegen ist es für uns unverständlich, warum die Verwaltung, und auf ihren Vorschlag, die CDU unseren Antrag, die Hälfte der Einsparungen zu reinvestieren, um zukünftig noch größere Einspareffekte zu erzielen, abgelehnt hat. Dies gilt umso mehr, als die Fachpolitiker des Bauausschusses einstimmig diese dort geborene Idee unterstützt haben. Auch das kann man nicht wirklich „Selbsthilfe“ nennen.

3. Schulsozialarbeit

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

sowohl im Finanzausschuss als auch im Kreisausschuss haben wir schon ausführlich über das Thema Schulsozialarbeit diskutiert. Herr Landrat, Sie hatten letzte Woche Recht, als Sie sagten, hierzu werden wir in den Haushaltsreden einiges hören.

Die SPD hat den Antrag gestellt, die Schulsozialarbeit durch den Kreis weiter zu finanzieren, nachdem der Bund aus der Finanzierung zum Jahresende aussteigt. Für uns ist die ablehnende Haltung der CDU nicht nachvollziehbar. Gemeinsam hatten wir doch noch im Mai dafür gesorgt, dass die Schulsozialarbeit über Jahresfrist hinaus bis zum Schuljahresende im Juli 2014 fortgeführt wird. Wir haben bereits im Kreisausschuss deutlich gemacht, dass es für uns nicht nachvollziehbar ist, weshalb der Kreis die rund 20 Stellen einsparen will. Dies hat mehrere Gründe:

- Die Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter leisten eine unglaublich wichtige und erfolgreiche Arbeit im Kreis und an den Schulen. Das ist unbestritten!
- Jedes Jahr hören wir, dass die Aufwendungen im Sozialbereich steigen. Auch in diesem Jahr wendet der Kreis rund 2,8 Millionen Euro mehr auf. Insgesamt wendet der Kreis 61,5 Millionen Euro im sozialen Bereich auf. Gute Schulsozialarbeit trägt dazu bei, jungen Menschen niederschwellige Beratungsangebote zu machen. Wichtig ist hierbei, dass diese Arbeit nachhaltig und langfristig erfolgt, damit die Schülerinnen und Schüler Bezugspersonen haben. Ständiger Einsatz nach Kassenlage funktioniert hier nicht.
- Wir haben letzte Woche lange darüber gestritten, wer denn jetzt für die Schulsozialarbeit verantwortlich ist. Ob Bund, Land oder Kreis. Wir sagen: es kommt nicht darauf an. Wichtig ist, dass sie stattfindet. Fakt ist: der Bund steigt aus der Finanzierung aus, das Land wird nicht zuständig sein, so dass der Kreis diese wichtige Aufgabe übernehmen sollte. Die Bürgermeister der Städte und Gemeinden haben doch bereits angekündigt, dass sie diese Aufgabe nicht übernehmen werden. Für Erkelenz wird es beispielsweise anstelle von drei Schulsozialarbeitern keinen einzigen mehr geben; in Hückelhoven wird die Anzahl von vier auf zwei halbiert werden und in Wegberg wird anstatt drei Schulsozialarbeitern künftig nur noch einer vor Ort sein. Das ist nicht akzeptabel. Denn jede Stelle, die wir dort jetzt streichen wird auch die Struktur zerstören. Eine Struktur, die für die Schülerinnen und Schüler ein Anlaufpunkt war und die eine Investition in die Zukunft ist, weil sie Reparaturkosten vermeidet.

Jeden Cent, den wir heute in die Schulsozialarbeit investieren, erhalten wir später in Euro zurück, wenn sich die Sozialaufwendungen reduzieren. Also, lassen Sie uns aufhören über die Zuständigkeit zu streiten, sondern lassen Sie uns diese erfolgreiche Arbeit fortsetzen. Der Kreis profitiert übrigens auch von den Entlastungen durch Aufwandsreduzierung im sozialen Bereich.

Wir werben nachhaltig für unseren Antrag, das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen und uns im wahrsten Sinne des Wortes selbst zu helfen.

4. Schulpolitik

Weiterhin möchten wir bei der Kreisschulpolitik gerne zwei Hoffnungen äußern:

Erstens: Mit dem Gutachten zur Umsetzung des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes, was insbesondere zur Umsetzung der Inklusion führt, hat der Kreis wieder einmal bewiesen, dass er das Thema ernst nimmt und anpackt. Wir können alle nur hoffen, dass sich die Kommunalen Spitzenverbände und die Landespolitik auf einen gemeinsamen Weg beim Thema Konnexität begeben und die Zeit bis zum 31.1.2014 hierfür nutzen. Wir sind uns hier – glaube ich – alle einig, dass es einen nennenswerten Beitrag des Landes geben muss. Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen. Das war in der Vergangenheit so und muss auch weiterhin gelten.

Zweitens: Das Gutachten zur regionalen Aufstellung der Berufskollegs ist aus unserer Sicht ein guter Beitrag zur Stärkung der Berufsschullandschaft in der Region. Und hierzu möchte ich meine zweite Hoffnung zum Ausdruck bringen: wir hoffen, dass der begonnene Prozess nun mit unseren Partnern in der Städtereion Aachen und dem Kreis Düren gemeinsam erfolgreich beendet wird.

5. Blick in die Zukunft

In den letzten Wochen und Monaten hat die Republik zunächst über die Bundestagswahl, dann über das Ergebnis und schließlich die Koalitionsverhandlungen diskutiert. Insbesondere das Mitgliedervotum bei der SPD hat dazu geführt, dass ein breiter öffentlicher Diskurs geführt wurde über die Frage: kommt eine Große Koalition zustande, und, wenn ja: mit welchen Inhalten? Es „gipfelt“ sogar darin, dass die Gesellschaft für deutsche Sprache das Wort „GroKo“ zum Wort des Jahres kürte. Ob das nun positiv ist oder nicht, können wir hier dahin gestellt lassen. Am Ende wird es auf die Inhalte der Gesetze ankommen, die aus dem Koalitionsvertrag erwachsen. Und der hat für uns Kommunale einiges zu bieten. Ich möchte allerdings einen Punkt besonders hervorheben:

Bei der Eingliederungshilfe versprechen die Koalitionäre den Kommunen eine Entlastung von jährlich 5 Milliarden Euro. Herr Schöpgens, wir beide haben das ja schon frühzeitig zusammen ausgerechnet und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass der Kreis hierdurch eine Entlastung von rund 10 Millionen Euro bei der Landschaftsumlage erwarten kann. Nur zur Verdeutlichung: der Kreis wendet dieses Jahr rund 3,5 Millionen Euro für den Erhalt der Kultureinrichtungen, der Schwangerschaftskonflikt- und Schuldnerberatung oder für die WFG und den HTS auf. Das lässt die Größenordnung erkennen. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen sie uns gemeinsam den Druck auf die Bundespolitiker hoch halten, dass das Bundesleistungsgesetz mitsamt Teilhabegeld auch 2016 kommt.

Die weiteren kommunalen Eckpunkte der Vereinbarung möchte ich nur schlagwortartig aufrufen:

[6 Milliarden Euro sollen in die frühkindliche Bildung, das heißt, den weiteren Krippen- und Kita-Ausbau gesteckt werden; die finanziellen Handlungsmöglichkeiten der Kommune durch den Erhalt der Gewerbesteuer; die fest verabredete Reform der föderalen Finanzierungssysteme; die mögliche Einrichtung von kommunalen Gesundheitszentren als Instrument gegen die Landarztsflucht oder schließlich das Ziel bis 2018 eine flächendeckende Versorgung mit Breitband von 50 Mbit/s zu bewerkstelligen.]

Lassen Sie es mich offen formulieren: der hier aufgeschriebene bunte Strauß an Maßnahmen muss auch umgesetzt werden! Also Herr Oellers, also Norbert Spinrath, Wahlkampf und Koalitionsverhandlungen waren gestern. Jetzt müssen Sie anpacken!

Aber nun genug zur Bundespolitik und der Zukunft für den Kreis, die dann nicht so dunkel aussieht, wenn sich die Politik in den gerade angesprochenen Bereichen ändert. Im Hier und Jetzt können wir dem Haushaltsentwurf jedenfalls nicht zustimmen, weil wir insbesondere mit der Personalpolitik, dem Umgang mit der Schulsozialarbeit und der Zukunftsperspektive nicht einverstanden sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zum Abschluss möchte ich Ihnen und Euch für die angenehme und konstruktive Art der Zusammenarbeit seit Zusammentritt dieses Kreistages danken. Wir haben diskutiert, für Positionen und Inhalte gestritten; aber auch gelacht und manchen Scherz gemacht. Das macht eine lebendige Kommunalpolitik aus. So macht das Spaß!

Und in diesem Sinne wünsche Ihnen allen für die anstehenden Feiertage und die anstehenden Aufgaben im neuen Jahr, sei es innerhalb oder außerhalb der Politik alles Gute, Gesundheit und Zufriedenheit. - Erfolg bei den Kommunalwahlen wünsche ich freilich in erster Linie meiner SPD.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und ein herzliches Glück Auf!